



## Protokoll der 9. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. Mai 2005, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 36 Mitglieder

**Entschuldigt:** Susanne Greiner, Jacqueline Lüthi, Corinne Ruesch, Philipp Senn  
Stadtrat: Regula Gysin

Traktanden	Laufnummer
0. Ersatzwahl in den Kindergarten- und Primarschulrat	2005/54
1. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Finanzplan 2005-2009 ://: Finanzplan zur Kenntnis genommen. ://: Abschreibung Motion Nr. 02/118 abgelehnt.	2005/34 2005/34a
2. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Gemeinschaftsantennenanlage - Totalrevision des Reglementes über die Gemeinschaftsantennenanlage / Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglementes ://: Anträgen GoR zugestimmt.	03/153 03/153a
3. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten ://: Zugestimmt.	2005/49
4. Bericht des Stadtrates betreffend Bildungsreglement: Teilrevision des Bildungsreglementes vom 23.06.2004 ://: Zugestimmt.	2005/48
5. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Bernhard Fröhlich betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche ://: Zur Kenntnis genommen.	04/183a
6. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament Vertagt.	2004/7a
7. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Änderung bei der Darstellung des Jahresprogramms Vertagt.	2005/37
8. Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Stefan Saladin, SVP Liestal, betreffend Erhalt von Hallen und Anlagen Vertagt.	2005/42

9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt namens der FDP-Fraktion betreffend Telekommunikation Stadt Liestal  
*Vertagt.* 2005/43
10. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Parkieren in der Altstadt  
*Vertagt.* 2005/44
11. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kehrriichtabfuhr in der Altstadt  
*Vertagt.* 2005/45
12. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung im Reklamereglement  
*Vertagt.* 2005/46

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Mai-Einwohnerratssitzung.

---

### Mitteilungen aus dem Ratsbüro

- Das Einwohnerratsbüro hat die Vorlage Nr. 02/114a (Baurechtsneuregelung „Gitterli“ – Genehmigung Baurechtsverträge) direkt an die Spezialkommission Geschäfte Einwohnergemeinde mit Bürgergemeinde (GEB) zur Vorberatung überwiesen.
- Am 11. Juni 2005 findet der Einwohnerratsausflug statt. Die Einwohnerratsmitglieder sind gebeten, sich diesen Termin zu merken.
- Die Einladung für das gemeinsame Essen zum Schluss des Amtsjahres im Restaurant Kaserne liegt vor den Ratsmitgliedern auf dem Tisch. Anmeldungen sind bis zum Ende der Sitzung der Ratssekretärin abzugeben.
- Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) kündigt einen Rücktritt aus dem Einwohnerrat an. Vizepräsident Hans Brodbeck (FDP) verliest folgendes Rücktrittsschreiben:  
„Sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Herren Stadträte: Am 20. Mai 1994 erhielt ich die Mitteilung des damaligen Stadtpräsidenten Jürg Wüthrich, ob ich das Amt als Einwohnerrat antreten wolle. Meine Antwort lautete damals, gerne wolle ich das Amt antreten, ich freue mich auf die mir zukommende Aufgabe. Bis heute hat sich an dieser Aussage nichts geändert. In den letzten Wochen wurde mir aber bewusst, dass mir meine noch zur Verfügung stehende Zeit sehr kostbar geworden ist. Sie will ich vermehrt für meine persönlichen Zwecke nutzen. Aus dem Grund trete ich per 30. Juni als Einwohnerrat zurück. Ich danke Ihnen für die stets kollegiale und gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen persönliches Wohlergehen und weiterhin Freude und Erfolg in ihrer politischen Arbeit. Freundliche Grüsse, Walter Gudenrath.“

---

### Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Lukas Ott teilt mit, Stadtpräsidentin Regula Gysin werde an der nächsten Einwohnerratssitzung umfassend über die Engelsaal-Benützung informieren. Es gehe darum, eine Optimierung bei der Benützung zu erzielen.
- Stadtrat Peter Rohrbach sagt, er wolle über das Thema Mehrwertsteuer informieren, das im Zusammenhang mit der Vorlage zum Gestadeck-Schulhaus diskutiert worden sei. Die Stadt zahle grundsätzlich Mehrwertsteuern. Wenn ein Vorhaben steuerfinanziert sei, könne sie allerdings keine Rückforderung stellen. Dies sei nur möglich, wenn ein Projekt aus Gebühren finanziert werde.
- Stadtrat Peter Rohrbach orientiert über die Rechnung 2004. Die Gesamtrechnung, die diverse Rechnungskreisläufe einschliesse, schliesse ausgeglichen ab. Die Schulden seien von CHF 57 Mio auf CHF 50,3 Mio gesunken. Aus vertraglichen Gründen könne dieser Schuldenabbau erst Mitte Jahr vollständig realisiert werden. In der Laufenden Rechnung der Einwohnerkasse würden unter anderem ein ungebundener Finanzausgleich von CHF 2 Mio und Buchgewinne von CHF 0,7 Mio ausgewiesen. Diese Mittel kämen vollumfänglich dem Schuldenabbau zugute. Ohne diese Einnahmen müsste ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen werden und die Schuldenreduktion würde nur CHF 0,6 Mio betragen. Liestal habe mehr Finanzausgleich erhalten, als budgetiert worden sei. Eine grosse Abweichung gegenüber dem Budget gebe es bei der Sozialhilfe. In der Rechnung seien CHF 3,3 Mio verzeichnet. Dies sei deutlich über dem langjährigen Mittel von CHF 2,7 Mio und starkt über dem budgetierten Posten von CHF 1,6 Mio. Gründe seien die wirtschaftliche Situation und die Kürzung der Arbeitslosenhilfe. Ohne diese Zunahme bei den Sozialhilfe-Ausgaben würde die Rechnung die Forderung der Motion Fluri erfüllen. Die erfolgreichen Bemühungen der Verwaltung, den Aufwand von 2003 auf 2004 weiter

zu reduzieren, würden durch die erhöhten Ausgaben bei der Sozialhilfe kompensiert. Aus seiner Sicht seien die Zahlen weder gut noch schlecht. Es gehe darum, sie zur Kenntnis zu nehmen und von da aus weiterzumachen. Die Daten der Rechnung 2004 seien eine gute Basis für eine vertiefte Analyse der Aufwand- und Ertragsstruktur der Einwohnerkasse der Stadt Liestal. Mit den im Jahr 2004 gegebenen Aufgaben und Verpflichtungen sei es nicht möglich, jedes Jahr zwingend die Schulden in der Grössenordnung von CHF 2 Mio pro Jahr zu reduzieren. Weitere Optimierungen in der Verwaltung seien möglich und notwendig. Mit den Aufgaben, die die Verwaltung habe, liege die untere Grenze bei den Stellen zwischen 75 und 80. Mittelfristig sollten einige Stellen durch natürliche Fluktuation wegfallen. Einen wichtigen Beitrag zum Schuldenabbau liefere das Management der flüssigen Mittel. Mit einem entsprechenden Management liesse sich eine Reduktion der Schuldzinsen erzielen.

- Stadtrat Ruedi Riesen informiert über das Verkehrskonzept. Der Kanton habe es noch immer nicht gutgeheissen. Er hoffe, dass der Entscheid zu Gunsten der Stadt ausfalle. Er rechne noch immer zu 80 Prozent mit einer Zustimmung. Eventuell erhalte die Stadt im Juni Bescheid.

---

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Astrid Basler (Seite FDP)
- Margrit Siegrist (Seite SP, Grüne, Fraumättler)
- Adrian Mächler (Mitte, Büro)

---

### Traktandenliste

- Aus dem Kindergarten- und Primarschulrat ist ein Mitglied zurückgetreten. Eine Kandidatur für den freien Platz liegt nun vor. Die Ersatzwahl findet unter Traktandum 0 statt.

---

### Neue persönliche Vorstösse

- Überparteiliches Postulat „Es geht mich etwas an...“ (Nr. 2005/51);
- Postulat von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal, betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli (Nr. 2005/52);
- Interpellation von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion betreffend Quartierpläne, Bauobjekte und Bauland der Stadt (Nr. 2005/53).

---

### Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. April 2005

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- S. 163, Traktandenliste: Es muss heissen „...da der *Motionär* die Sitzung vorzeitig verlassen muss“ (anstelle von *Postulant*).
- S. 167, Votum Jürg Holinger: Es muss heissen „Die Vorlage enthalte eine Gesamtschau über Tempo 30 in Liestal *und eine Etappierung*“ (anstelle von „...verbunden mit der *Etablierung von Tempo 30*“).
- S. 168, Votum Paul Finkbeiner: Es muss heissen „Um eine 20 Prozent-Stelle sei *gestritten* worden“ (anstelle von „Eine 20 Prozent-Stelle sei *gestrichen* worden“).

**68 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**0. Ersatzwahl in den Kindergarten- und Primarschulrat (Nr. 2005/54)**

Die FDP-Fraktion beantragt, aufgrund des Rücktritts von Tania Zbinden folgende Umbesetzung vorzunehmen:

**Kindergarten- und Primarschulrat**

Roman Zeller (FDP), anstelle von Tania Zbinden.

://: Roman Zeller wird mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen gewählt.

Orla Oeri-Devereux (SP) hält fest, es sei nur ein Name bekannt gegeben worden. Sie wisse nichts über diese Person. Sie wolle gerne wissen, ob dies bei Ersatzwahlen immer so sei, dass der Rat der Wahl nur aufgrund eines Namens zustimme.

Adrian Mächler (FDP) erwidert, es gehe hier um ein grundsätzlich neues Verfahren. Früher habe die Bevölkerung den Schulrat gewählt. Die Fraktionen würden nun untereinander abprechen, welche Fraktion welche Sitze bestelle. Es sei auch abgemacht worden, dass vorgeschlagene unbesehen gewählt würden. Roman Zeller sei Jurist. Bis vor fünf Jahren sei er Vorsteher des kantonalen Bauinspektorats gewesen, danach habe er sich in Basel selbständig gemacht. Er sei 1960 geboren, habe mehrere Kinder, wohne am Fuchsweg in Liestal und sei im Vorstand der FDP Liestal.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fügt hinzu, Orla Oeri-Devereux habe Recht, eine Vorstellung der Person gehöre eigentlich dazu.

**69 F.3.4.3. Finanzverwaltung, Disposition: Finanzplanung, Programme**

**1. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Finanzplan 2005-2009 (Nr. 2005/34, 2005/34a)**

Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht folgende Hauptpunkte zum Finanzplan 2005-2009 auf:

*Einwohnerkasse*

- Das finanzielle Gleichgewicht wird angestrebt durch weitere Reduktion des Sach- und Personalaufwandes. Diese soll gesamthaft ca. CHF 400'000.- / Jahr betragen.
- Die Investitionen sichern den Werterhalt des Verwaltungsvermögens, der Nachholbedarf aus früheren Jahren kann aber nicht abgebaut werden.
- Die Schulden der Einwohnerkasse (inkl. kantonale Schulanlagen) sollen bis 2009 auf CHF 49 Mio. reduziert werden (Basis 1.1.04: CHF 53 Mio.).

*Spezialfinanzierungen (Wasser, Abwasser, Abfall)*

- Die Rechnungskreise Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind ausgeglichen.
- Wenn der Kanton die Gebühren für die Abwasserbeseitigung nicht erhöht, wird eine moderate Reduktion der Abwassergebühr möglich.
- Die Abfallrechnung soll bis 2007 ohne Gebührenerhöhung ins Lot gebracht werden.

*Finanzvermögen: Grundstücke und Liegenschaften*

- Es wird per Ende 2004 ein Finanzvermögen von CHF 12 Mio. ausgewiesen. Es sind weder Verkäufe noch Käufe vorgesehen.

*Motion Fluri*

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die ‚Motion Fluri‘ (Nr. 02/118) heute abgeschrieben werden soll, da deren Botschaft längstens von allen verinnerlicht wurde, aber auf der andern Seite immer klarer wird, dass sie in der ‚reinen Form‘ noch auf Jahre hinaus nicht umzusetzen ist. Es sind vor allem die Altlasten aus früheren Zeiten in Form von Schuldzinsen, welche die laufende Rechnung viel zu stark belasten. Der Knackpunkt der ‚Motion Fluri‘ ist die Forderung, dass die Laufende Rechnung ohne ungebundenen Finanzausgleich ausgeglichen sein soll. Auch diese Forderung ist sinnvoll, muss aber als mittelfristiges Ziel akzeptiert werden, das – wenn alles nach Plan läuft – in 4 bis 6 Jahren erreicht werden kann.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (Nr. 02/118) wird abgeschrieben.

Die Anträge der Finanzkommission (Fiko) lauten:

1. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (02/118) wird nicht abgeschrieben.

**Zusatzanträge der Fiko:**

1. Für die Informatikkosten soll bis Ende 2005 ein Businessplan erstellt werden, welcher detailliert aufzeigen soll, für was die geplanten Ausgaben im Informatikbereich verwendet werden.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, eine Gebührenreduktion in der Abwasserkasse zu prüfen und dem Einwohnerrat bis im Oktober 2005 zu berichten, damit eine allfällige Reduktion bereits im Jahr 2006 umgesetzt werden kann.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) schlägt vor, das Eintreten auf die Vorlage zu debattieren.

Fiko-Präsident Andreas Zbinden (FDP) gibt bekannt, die Fiko habe diskutiert, ob man das Geschäft verschieben solle. Sie habe beschlossen, keine Stellungnahme dazu abzugeben und offen zu lassen, ob das Thema heute abgehandelt werde oder ob man warte, bis die Bau- und Planungskommission ihren Bericht abgegeben habe.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, es scheine ihm wichtig für die Eintretensdebatte, den Bericht der Fiko zur Vorlage zu hören.

Fiko-Präsident Andreas Zbinden (FDP) erläutert die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Liestal über die gesamte Planungsperiode. Die kumulierten Haupteinnahmen der Stadt Liestal seien die Steuereinnahmen mit CHF 160 Mio. Die Einnahmen durch das Finanzvermögen würden CHF 2,5 Mio. betragen. Beim ungebundenen Finanzausgleich gehe man von rund CHF 4 Mio. aus. Der gebundene Finanzausgleich werde für die Lehrerbesoldung verwendet. Dabei gebe es einen Haken: Der gebundene Finanzausgleich komme nur zur Auszahlung, wenn man auch den ungebundenen Finanzausgleich erhalte. Bei den kantonalen Schulanlagen gehe der Finanzplan von einer ausserordentlichen Vergütung für die bis anhin nicht ausreichenden Unterhaltszahlungen aus.

Im Betrag von CHF 146 Mio. seien sämtliche Ausgaben enthalten. Ein grosser Block seien die Fremdzinsen, die Liestal zahlen müsse. Abschreibungen seien in der Höhe von CHF 12 Mio. geplant. Die Werterhaltung des Verwaltungsvermögens brauche jährlich ca. CHF 2,5 Mio. an Ersatzinvestitionen. Es werde mit einer Zunahme des Eigenkapitals von CHF 2 Mio. geplant; dies sei neu. Ein grosses Risiko bei diesen Planzahlen liege im ungebundenen Finanzausgleich. Dieser werde mit CHF 830'000.- eingesetzt. Wenn er nie zur Auszahlung käme, würden in dieser Planungsperiode Einnahmen von rund CHF 7 Mio. wegfallen.

Bezogen auf die Einwohnerkasse seien Bruttoinvestitionen von CHF 19 Mio. vorgesehen. Es blieben CHF 12,5 Mio. für Nettoinvestitionen. Die Selbstfinanzierung betrage CHF 14 Mio. Die übrig bleibenden CHF 1,5 Mio. würden für den Schuldenabbau der Einwohnerkasse verwendet. Gesamthaft sei ein Schuldenabbau von CHF 4 Mio., inklusive den Sekundarschulanlagen, geplant. Hinter all diesen Zahlen stünden relativ viele Annahmen. Mit Ungenauigkeiten müsse man rechnen.

Die Fiko habe den Finanzplan an fünf Sitzungen beraten. An zwei Sitzungen habe man nur über das Eintreten auf das Geschäft diskutiert. Nach dem Vorliegen des Budgets habe die Fiko dem Stadtrat signalisiert, dass sie mit ihm gerne über den Finanzplan sprechen wolle. Eine Sitzung habe jedoch nicht stattgefunden. Jetzt liege der Finanzplan auf dem Tisch. Nicht alle Zusatzeinnahmen würden für den Schuldenabbau verwendet. Der in der Motion Fluri geforderte Schuldenabbau von CHF 2 Mio. pro Jahr werde nicht eingehalten. Die Frage sei, wie weit man auf diesen Plan politisch Einfluss nehmen könne.

Für das Eintreten auf die Vorlage habe gesprochen, dass der Plan viel Arbeit verursacht habe und dass es eine offene Kommunikation von Seiten des Stadtrates gegeben habe. Schliesslich habe sich die Fiko mit 5 gegen 4 Stimmen für das Eintreten ausgesprochen. Danach sei sie in die Detailberatung gegangen und habe die Motion Fluri diskutiert. Sie sei zum Schluss gekommen, dass man die Motion stehen lassen solle. Es sei nicht richtig, sie abzuschreiben, nur weil die Ziele kurzfristig nicht erreichbar seien. Eine Minderheit der Kommission habe gefunden, die Botschaft der Motion sei verstanden worden und man könne sie deshalb abschreiben. Bei der Detailberatung habe man sich zuerst mit den Annahmen befasst. Grundsätzlich seien diese bis auf zwei Bereiche für korrekt befunden worden. Diese Bereiche seien die soziale Wohlfahrt, wo die Kosten explodieren könnten, sowie die Spitex. Bei der Spitex würden die Bundessubventionen ab dem Jahr 2008 wegfallen.

Näher habe die Fiko auch den Stellenplan diskutiert. Der Stadtrat gehe davon aus, dass bis zum Jahr 2009 der Personalbestand um 220 Stellenprozente auf 80 Stellen reduziert werden könne. Ein Stellenabbau habe eine Reduktion der Dienstleistungen zur Folge. Der Hauptkostenblock, der sich beeinflussen liesse, sei aber nun einmal der Bereich Stellen. Die Fiko

wünsche, dass der Stadtrat eine weiter gehende Stellenreduktion prüfe. Sie meine aber auch, ein Stellenabbau dürfe nicht um jeden Preis und müsse sozialverträglich geschehen. Investitionen seien ursprünglich in der Höhe von CHF 3,7 Mio. jährlich geplant gewesen. Gewisse Investitionen müssten nun aber zurückgestellt werden. Den Fremdkapital-Zinssatz von vier Prozent sehe die Fiko als realistisch an. Was das Finanzvermögen betreffe, so sei die Fiko der Auffassung, dass es in der Planungsperiode an Wert verlieren werde. Irgendwann müsse man in die Gebäude investieren oder sie unter dem Wert, den sie jetzt hätten, verkaufen. In diesem Bereich solle man keine versteckten Schulden machen.

Der gebundene und ungebundene Finanzausgleich sei ein heisses Thema. Liestal habe den ungebundenen Finanzausgleich nicht immer bekommen. Er sollte idealerweise für den Schuldenabbau verwendet werden.

In den Legislaturzielen seien diverse Projekte aufgeführt, bei denen es heisse, sie hätten keine Kostenfolgen. Jedes Projekt binde aber auf irgendeine Weise Ressourcen. Deshalb meine die Fiko, der Stadtrat solle sich auf die wesentlichen Projekte konzentrieren. Das Mitteilungsblatt "Liestal aktuell" werde von zwölf auf zehn Ausgaben reduziert. Die Produktionskosten seien zwar relativ gering, das Mitteilungsblatt binde aber Personalressourcen. Eine Reduktion auf sechs Ausgaben habe die Fiko mit 5 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die Kosten sollten jedoch weiter überwacht werden.

Ein weiterer Punkt, der diskutiert worden sei, sei die Informatik. Sie koste jährlich CHF 700'000.-. Dieser Betrag sei für 80 Stellen sehr hoch. Die Fiko habe einen Zusatzantrag formuliert, der einen EDV-Businessplan verlange. Man könne das Internet eventuell an den Kanton outsourcen. Die Fiko begrüsse, dass die vorgesehene Kürzung des jährlichen Beitrages an das Stadtmuseum frühzeitig kommuniziert worden sei. Somit hätten die Verantwortlichen genügend Zeit, mögliche Lösungen auszuarbeiten. Sparen tue immer demjenigen weh, den es treffe. Betreffend Abwassergebühren werde die Fiko ebenfalls einen Zusatzantrag stellen. Es gehe darum, eine Gebührenreduktion zu prüfen. Bei den kantonalen Schulanlagen finde es die Fiko korrekt, dass die jährlichen Vergütungen des Kantons für den Unterhalt oder den Schuldenabbau gebraucht würden.

Die Fiko empfehle, vom Finanzplan Kenntnis zu nehmen und die Motion Fluri stehen zu lassen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) bittet die Fraktionssprecher, sich zum Eintreten auf die Vorlage zu äussern.

Bernhard Fröhlich (FDP) erinnert daran, dass im Jahr 2002 die Motion Fluri einstimmig über die Parteigrenzen hinweg gutgeheissen worden sei. Der Stadtrat sei beauftragt worden, einen Plan zu entwickeln, wie man jährlich CHF 2 Mio. Schulden abbauen könne. Dies sei eine ambitionöse Zielsetzung gewesen. Trotzdem würde es auf diese Weise 20 Jahre brauchen, um auf einem akzeptablen Schuldenniveau zu landen. Der Einwohnerrat habe vom Stadtrat erwartet, dass er das Ziel von CHF 2 Mio. Schuldenabbau jährlich ernst nehme. Das würde bedeuten, Prioritäten festzulegen und dem Einwohnerrat Vorschläge zu machen. Der Stadtrat habe das Sparziel neu definiert. Er habe entschieden, es sei nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen. Der Bevölkerung müsse man klar machen, dass ein Dienstleistungsabbau notwendig sei, um das Sparziel zu erreichen. Für eine gesunde Gemeinde wäre dieser Finanzplan ein akzeptabler Weg. Liestal sei aber schwer krank. Deshalb solle der Rat auf diesen Plan nicht eintreten. Er zeige keine Perspektiven auf, wie man je das Sparziel erreichen könne. Er ermögliche auch keine politische Auseinandersetzung darüber, wo Prioritäten zu setzen seien. Die Entscheidung, was tragbar oder nicht tragbar sei, müsse der Einwohnerrat treffen, nicht die Exekutive. Die FDP-Fraktion wolle mit ihrem Entscheid dem Stadtrat Gelegenheit geben, die eingangs erwähnten Arbeiten nachzuholen und im Rat eine Kompromissfindung zu ermöglichen.

Marie-Theres Beeler (GL) meint, es sei anzunehmen, dass der Finanzplan 2005-2009 eine grosse und emotionsreiche Kontroverse im Rat auslösen werde. Sie sei bereits eröffnet. Sie danke Andreas Zbinden für die differenzierte Darstellung der Auseinandersetzung mit dem Finanzplan in der Fiko. Die Grüne Fraktion sei für Eintreten auf das Geschäft. Sie sei der



Meinung, dass der Stadtrat einen gelungenen Kompromiss zwischen dem Verfolgen von Sparzielen und dem Wahrnehmen von Aufgaben gefunden habe. Die Grüne Fraktion gehe ebenfalls davon aus, dass nicht alle Annahmen durchgehalten werden könnten. Insbesondere im Bereich der gesetzlichen Grundlagen, beispielsweise bei der Spitex, werde es in den Budgets wahrscheinlich noch zu Korrekturen kommen. Auch auf der Einnahmenseite gebe es variable Grössen. Es sei zu befürchten, dass die zu erwartende Debatte unter dem Dogma einer fundamentalistischen Interpretation der Motion Fluri stehen werde. Die Motion Fluri wolle künftige Generationen entlasten. Auch ihre Fraktionen schliesse sich grundsätzlich den Forderungen dieser Motion an. Sie vermisse aber die Diskussion darüber, weshalb die Motion Fluri überhaupt nötig geworden sei. Man vergesse, dass die hier Versammelten die künftige Generation seien, die das Ganze ausbaden müssten. Die Verursacher des Schuldenbergs seien sicher nicht die heutigen Regierungsmitglieder, die regelmässig auf die Anklagebank kämen. Eine unverantwortliche Sparpolitik, die Folgekosten und andere negative Wirkungen verursache, bedeute ebenfalls Ballast für künftige Generationen. Der politische Wille der Motion sei, beim Schuldenabbau keine Hypothek im sozialen oder ökologischen Bereich zu hinterlassen. Die Grüne Fraktion sei einstimmig für Abschreiben der Motion Fluri. Sie trage zu einer Fehlinterpretation des Sparens bei. Die Grüne Fraktion bitte darum, vom Finanzplan Kenntnis zu nehmen und die Motion Fluri abzuschreiben.

Hanspeter Stoll (SP) hält fest, die SP-Fraktion sei für das Eintreten. Sie sei ebenfalls für das Sparen. Es gehe um den Weg, den man dabei einschlagen wolle. Er sei nicht im Einwohnerrat gewesen, als der Entscheid über die Motion Fluri gefällt worden sei. Heute habe man andere Kenntnisse über die finanzielle Situation als damals, als die Motion überwiesen worden sei. Es sei wichtig, jetzt über den Finanzplan unter den aktuellen Aspekten zu diskutieren. Ausserdem sei in vier Monaten bereits der nächste Finanzplan ein Thema. Unter den jetzigen Annahmen sei es nicht möglich, die Forderungen der Motion zu erfüllen. Es gehe um Schuldzinsen, für die die jetzige Generation nicht verantwortlich sei. Auch die Leute, die jetzt in Liestal wohnten, sollten gerecht behandelt werden. Er fände es nicht fair, nicht auf das Geschäft einzutreten, denn dann könne man sich nicht zu den Details äussern. In der Finanzpolitik müsse man sachlich bleiben, sie dürfe nicht zum Machtspiel zwischen Stadtrat und Einwohnerrat werden. Er stelle den Antrag, in der Motion einen Satz zu ändern, um Druck wegzunehmen, und zwar solle der Satz lauten: „*Reduktion der Fremdverschuldung von heute CHF 60 Mio. auf CHF 20 Mio. wenn möglich in 20 Jahren*“, anstelle von „...in höchstens 20 Jahren“. Das Ziel der Motion bleibe das gleiche.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion halte den Finanzplan für inhaltlich gut. Gewisse Sparziele seien vorhanden. Seine Fraktion meine aber, diese genügten nicht, um die Schulden abzubauen. Sie halte an der Motion Fluri fest. Der nächste Finanzplan solle den Abbau von CHF 2 Mio. jährlich aufzeigen. Wenn die Motion noch nicht umgesetzt werden könne, müsse sie deshalb nicht abgeschrieben werden. Gemäss dem Fiko-Bericht sei noch einiges an Sparpotential vorhanden, etwa beim Punkt EDV. In Unternehmungen müsse man auch sparen, wenn es eng werde. Man müsse straffer organisieren und besser kommunizieren, so könne man sparen. Seine Fraktion sei für das Eintreten auf die Vorlage. Sie danke für die ausführlichen Unterlagen.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für das Feedback. Es sei dem Stadtrat ein Anliegen gewesen, dass eine Diskussion stattfinde. Sie müsse sich entwickeln, auch in qualitativer Hinsicht. Als die Motion Fluri angenommen worden sei, sei man ratlos gewesen. Inzwischen sei geklärt, wieviel Schulden die Stadt eigentlich habe. Damals sei man von CHF 60 Mio. ausgegangen. Im Jahr 2004 habe die Einwohnerkasse Schulden von CHF 48 Mio. ausgewiesen. Man habe nun ein klares Bild. Ein heikler Punkt seien die Annahmen, deshalb habe der Stadtrat sie explizit ausgewiesen. Die Exekutive habe festgelegt, wo Entscheidungsspielraum vorhanden sei und wo nicht. Damit könne man einverstanden sein oder nicht. Er bitte um Eintreten auf die Vorlage, damit der Stadtrat eine Basis für den nächsten Finanzplan habe.

Ernst Burkhardt (SP) weist darauf hin, dass die Bau- und Planungskommission demnächst über die im Finanzplan aufgeführten Investitionen beraten werde. Bis jetzt habe die BPK nur über die Investitionen im Budget beraten, nicht aber über diejenigen im Finanzplan. Von daher sei es erklärbar, wenn es Unsicherheiten gebe. Es müsse Klarheit geschaffen und entschieden werden, was die BPK zu beraten habe.

Andreas Zbinden (FDP) betont, die Investitionspolitik sei einer der wichtigsten Punkte im Hinblick auf die Steuerung der Finanzen. Man müsse den Finanzplan zwingend auf die nächste Sitzung verschieben. Der Bericht über die Investitionen müsse Bestandteil eines solchen Plans sein.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, er sei seit neun Jahren im Rat. In dieser Zeit habe die BPK die Investitionen im Finanzplan zwei Mal beraten. Seiner Meinung nach solle sie aber vor allem die Investitionen im Budget anschauen.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, der Stadtrat habe der Fiko Auskunft gegeben. Es habe geheißen, was wann realisiert werde, bleibe dem Stadtrat überlassen. Die Investitionen könnten von Jahr zu Jahr schwanken. Im Budget 05 habe man de facto über den Finanzplan gesprochen. Er bitte darum, auf die Vorlage einzutreten.

Heinz Lurf (FDP) hält fest, der Investitionsplan sei ein wichtiger Bestandteil des Finanzplans. Eine Fachkommission solle sich damit vertieft auseinandersetzen. Ohne den Bericht der BPK könne der Plan nicht beurteilt werden.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, die SP-Fraktion habe das Verschieben des Geschäfts diskutiert. Ende Juni sei die nächste Sitzung, danach finde das Jahres-Schlussessen statt. Die Rechnung 2004 und vieles andere werde traktandiert sein. Es sei keine gute Idee, die Rechnung und den Finanzplan an einer eher kurzen Sitzung gleichzeitig zu behandeln. Ihre Fraktion sei dagegen, das Geschäft zu verschieben, sondern sei für Eintreten und Kenntnisnahme.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) gibt bekannt, zuerst sei das Thema Eintreten abzuklären. Danach werde über das Verschieben des Geschäfts abgestimmt.

Bernhard Fröhlich (FDP) wirft ein, es sei nur halb richtig, was Stadtrat Ruedi Riesen gesagt habe. Es sei an der besagten Sitzung um das Investitionsvolumen gegangen. Ruedi Riesen habe aufgezeigt, was wann realisiert werden solle. Das schliesse aber nicht aus, dass der Einwohnerrat die Investitionsrechnung anschau. Auch in jeder Firma würde man das Investitionsbudget anschauen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, es werde nun über das Eintreten auf den Finanzplan 2005-2009 abgestimmt.

://: Das Eintreten wird mit 25 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) legt dar, das Einwohnerratsbüro habe über das Fehlen des BPK-Berichts diskutiert. Das Büro sei für die Verschiebung des Geschäfts und beantrage diese hiermit. Das Wort sei frei.

Danielle Schwab (SP) unterstreicht, es sei nun schon viel materiell beraten worden. Es gehe um die Linienggebung an die Exekutive. Eine weitere Aufschiebung halte sie für unangepasst.

://: Das Verschieben der Vorlage wird mit 11 Ja- gegen 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erklärt, nun folge die Detailberatung des Finanzplans.

Hanspeter Stoll (SP) äussert, der SP-Fraktion habe die übersichtliche Darstellung des Finanzplans gefallen. Sie danke der Fiko für ihren Bericht, der gute Informationen liefere. Die Motion Fluri stehe noch immer im Raum. Wenn man sie erfüllen wolle, müsse man sowohl beim Sachaufwand als auch beim Personalwesen sparen. Dies bedeute Dienstleistungsabbau. Im nächsten Finanzplan würde die SP-Fraktion gerne präziser sehen, wo eingespart werden solle, damit man darüber diskutieren könne.

Marie-Theres Beeler (GL) sagt, sie schliesse sich ein Stück weit Hanspeter Stoll an. Ihre Fraktion finde, der Plan sei gut zu handhaben, weil er transparent sei. In Bezug auf die Sparziele brauche es Kriterien. Es gehe darum, aufgrund welcher Eckwerte der Stadtrat Prioritäten setze. Es müsse klar sein, was die Umsetzung von Sparvorhaben für Folgen habe.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob sich der Stadtrat den Anträgen der Fiko anschliesse.

Stadtrat Peter Rohrbach antwortet, ja, er stimme den Anträgen der Fiko zu.

://: 1. Vom Finanzplan wird mit 25 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung Kenntnis genommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) führt aus, es gehe nun um den Antrag von Hanspeter Stoll. Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates könne ein Antragsteller den Wortlaut einer Motion während der Beratung des Vorstosses ändern. Eine nachträgliche Änderung scheine nicht erlaubt zu sein. Im Weiteren müsse der Antragsteller die Änderung dieser Motion verlangen. Die Motion Fluri sei - wie er annehme, denn er habe die Motion nicht bei sich - vermutlich von den damaligen Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen unterschrieben worden. Er sei sich nicht einmal sicher, ob die Unterzeichner noch alle im Rat seien. Der Antrag von Hanspeter Stoll komme deshalb nicht zur Abstimmung. Das Büro werde nachträglich über diesen Antrag beraten.

Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass er sich darüber informiert habe, was es in einem solchen Fall für Möglichkeiten gebe, da er zum Zeitpunkt, als die Motion beraten worden sei, nicht im Einwohnerrat gewesen sei. Er habe die Auskunft erhalten, dass es möglich sei, eine nachträgliche Änderung durchzuführen. Er sei sich aber nicht sicher, wie es sich nun mit dieser Angelegenheit tatsächlich verhalte. Auch ein Schiedsrichter könne einmal nicht Recht haben.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, man solle die Behandlung dieses Antrags auf die nächste Sitzung verschieben und in der Zwischenzeit das Problem abklären.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erwidert, seiner Meinung nach müsse man den Antrag jetzt behandeln.

Ernst Burkhardt (SP) meint, der korrekte Weg sei, die Motion abzuschreiben und danach neu zu formulieren.

Adrian Mächler (FDP) erläutert, es gehe zuerst darum, ob die Motion Fluri stehen gelassen werde oder nicht. Wenn ja, sei erst dann abzuklären, ob eine Abänderung möglich sei.

Danielle Schwab (SP) hält fest, sie bestreite die Motionsfähigkeit dieser Motion, da sie eine Vision sei. Sie sei sehr für Abschreiben der Motion und Erhaltung der Vision.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, er stelle einen Ordnungsantrag, dass über die Motion abgestimmt werde.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, er bitte darum, den Änderungsantrag von Hanspeter Stoll auf die nächste Sitzung zu beraten. Er komme nun zur Abstimmung über die Abschreibung der Motion Fluri.

://: 2. Es wird mit 21 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen beschlossen, die Motion Fluri stehen zu lassen.

Zusatzanträge der Fiko:

://: 1. Der Antrag, für die Informatik-Kosten einen Businessplan zu erstellen, wird einstimmig angenommen.

://: 2. Der Antrag, eine Gebührensenkung in der Abwasserkasse zu prüfen, wird mit grossem Mehr bei einer Stimmenthaltung angenommen.

**70 V.1.4. Gemeinschaftsantenne**

**2. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Gemeinschaftsantennenanlage - Totalrevision des Reglementes über die Gemeinschaftsantennenanlage / Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglementes (Nr. 03/153, 03/153a)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Entsprechend den Beschlüssen des Einwohnerrates vom 16.05.2001 und 21.08.2002 legt der Stadtrat die nach den Vorgaben des Einwohnerrates überarbeitete Novelle des Reglementes über die Gemeinschaftsantennenanlage zur Beschlussfassung und den ebenfalls überarbeiteten Leistungsauftrag zwischen der Stadt und der Betreiberin „LiestalNet AG“ zur Kenntnisnahme vor.

Die ursprünglich raumplanerischen Schwerpunkte des Reglementes wurden ergänzt. Neu wird im Reglement nicht mehr von einer bestimmten Firma gesprochen, sondern von einer juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechtes. Im gleichen Zug ist § 12 des Verwaltungs- und Organisationsreglementes (VwOR) aufzuheben, wonach die Einwohnergemeinde die Gemeinschaftsantennenanlage als Spezialfinanzierung mit einem eigenen Rechnungskreis zu führen hat.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das totalrevidierte Reglement über die Gemeinschaftsantennenanlage wird beschlossen.
2. § 12 des Verwaltungs- und Organisationsreglementes (VwOR) wird aufgehoben.
3. Vom Entwurf zum Leistungsauftrag zwischen der Stadt Liestal und der LiestalNet AG wird Kenntnis genommen.

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) teilt in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Das Eintreten auf die Stadtratsvorlage 03/153 war in der GoR unbestritten. In der Detailberatung ergaben sich gegenüber der stadträtlichen Fassung im Wesentlichen folgende materielle Änderungen und Anmerkungen:

- Die bei der Rückweisung der ersten stadträtlichen Vorlage geäusserten Beanstandungen sind weitgehend berücksichtigt worden.
- Eine Monopolkonzession ist angesichts der Entwicklungen im Bereich der Kommunikationstechnologie nicht mehr zeitgemäss.
- Die Terminologie in Reglement und Leistungsauftrag ist zu aktualisieren. Neben Radio- und Fernsehsignalen geht es auch um Datenaustausch (Internet).

Die GoR beantragt dem Einwohnerrat,

1. das Kommunikationsnetzreglement in der Fassung der Kommission zu beschliessen;
2. den Leistungsauftrag mit LiestalNet AG zur Kenntnis zu nehmen;
3. die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements gemäss dem Antrag des Stadtrats zu beschliessen.

GoR-Kommissionspräsidentin Danielle Schwab (SP) erläutert, die GoR habe sich an sieben Sitzungen mit der Stadtratsvorlage befasst. Die Kommission habe darauf hingearbeitet, das Reglement nicht zusätzlich mit unnötigen Detailregelungen zu überladen. Reglement und Leistungsauftrag seien dem Einwohnerrat mit erheblicher Verspätung vorgelegt worden. Es sei nicht üblich, dass ein Reglement mit einer Zeitspanne von rund anderthalb Jahren rückwirkend in Kraft trete. Die Kommissionsarbeit sei durch diesen Umstand stark erschwert gewesen, da Kommunikation und Information erheblich aufwändiger gewesen seien.

Das Eintreten auf die Vorlage sei unbestritten gewesen. Insgesamt habe man festgestellt, dass die kritischen Anmerkungen des Einwohnerrates auf die erste Stadtratsvorlage weitgehend berücksichtigt worden seien. Die Kommission habe das Reglement über die Gemeinschaftsantennenanlage in einigen Details abgeändert. Zur Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglementes habe sie nichts anzufügen gehabt. Die Kommission nehme Kenntnis vom Leistungsauftrag, den sie mit einigen Anmerkungen versehen habe.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) unterstreicht, die Synopse zum Reglement über die Gemeinschaftsantennenanlage, die an den GoR-Bericht angehängt sei, sei für das Verständnis der Sache sehr hilfreich gewesen. Er schlage vor, über die einzelnen Punkte zu diskutieren und abzustimmen. Eine Eintretensdebatte halte er für überflüssig. Adrian Mächler sei in den Ausstand getreten.

Doris Greiner (SP) sagt, die SP-Fraktion schliesse sich den Äusserungen der Kommissionspräsidentin an. Besonders wichtig sei ihrer Fraktion erschienen, dass der Minimalstandard, den der Leistungsauftrag gegenüber dem Leistungserbringer festlege, sauber auf eine gesetzliche Grundlage gebracht werde. Das sei nun geschehen. Die Pflicht der Versorgung aller Haushalte sei ein zentraler Punkt, ebenso, dass ein Grundangebot bestehe, das die Bevölkerung weitgehend abdecke. Ein Anliegen sei der Fraktion auch, dass der Stadtrat die Gebühren dieses Grundangebots genehmigen müsse. Die SP-Fraktion bitte den Stadtrat, auch bei der Leistungsvereinbarung die Empfehlungen der Kommission zu berücksichtigen. Ihre Fraktion habe es ebenfalls stossend gefunden, dass das Reglement so spät vorgelegt worden sei, obwohl eigentlich schon nach dem Leistungsauftrag gearbeitet werde. Es sei zu erwarten, dass die Stadt für saubere gesetzliche Grundlagen Sorge. Die SP-Fraktion danke der Kommission für ihre Arbeit, ebenso der Verwaltung und dem Stadtrat. Sie empfehle, die Anträge der Kommission anzunehmen.

Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, auch die Grüne Fraktion stimme den Änderungen durch die GoR zu und danke ihr für die Arbeit. Seit mehr als zwei Jahren Jahren habe Liestal im Bereich des Service public privatisiert, ohne dass es dazu eine rechtliche Grundlage gegeben hätte. Dies sei kein guter Zustand. Der Vorteil, der sich durch das Verstreichen von Zeit ergeben hätte, sei, dass man auch Anpassungen technischer und wirtschaftlicher Art berücksichtigen können. Die Gebühren seien nun neu im Leistungsauftrag geregelt. Die Grüne Fraktion stelle in diesem Zusammenhang einen Zusatzantrag, mit dem § 4 des Reglements über die Gemeinschaftsantennenanlage zu ergänzen sei. Er laute: *„Eine Änderung des Leistungsauftrages ist dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu bringen.“*

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, seine Fraktion sei einstimmig für das Eintreten auf die Vorlage. Das Ganze habe zu lange gedauert, es sei gut, wenn es endlich über die Bühne gebracht werde. Was nun vorliege, gehe auf einen Beschluss des Einwohnerrates im Jahre 2001 zurück. Für die GoR sei es sicher nicht einfach gewesen, sich einzuarbeiten. Seine Fraktion danke der Kommission für ihre Arbeit. Auf diesem Gebiet würde es rasch zu Änderungen kommen. Vielleicht werde eines Tages kein Reglement mehr nötig sein. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion werde sich beim Antrag 3 des Stadtrates der Stimme enthalten, da sie davon überzeugt sei, dass der Stadtrat den Leistungsauftrag werde anpassen müssen. Den beiden anderen Anträgen stimme sie zu.

Vreni Wunderlin (FDP) teilt mit, sie schliesse sich ihren Vorrednern an. Das Gebiet sei sehr technisch, die Entwicklung rasant. Die FDP-Fraktion danke Danielle Schwab für die Sit-

zungsleitung und der ganzen Kommission für ihre Arbeit. Die FDP-Fraktion werde den Anträgen zustimmen.

Peter Schäfer (FDP) ergänzt, ihm sei erst in der Diskussion aufgefallen, dass ihm der Titel des Reglements nicht gefalle. Es gebe andere Kommunikations-Anlagen wie das Swisscom-Netz, auf die das Reglement keinen Einfluss habe. Dies könne bei der Auslegung des Reglements zu Konflikten führen. Die Lösung habe er noch nicht.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erwidert, so lange kein Antrag vorliege, sei über diese Fassung zu befinden. Der Rat stimme zuerst über den Zusatzantrag der Grünen Fraktion ab.

://: Der Antrag der Grünen Fraktion, § 4 des Reglements über die Gemeinschaftsantennenanlage mit dem Satz „Eine Änderung des Leistungsauftrages ist dem Einwohner-rat zur Kenntnis zu bringen“ zu ergänzen, wird mit grossem Mehr bei zwei Enthaltungen angenommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob sich der Stadtrat den Kommissionsanträgen anschliesse.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, ja, die Exekutive schliesse sich den Anträgen der GoR an. Die Kommission habe sehr aufschlussreiche Arbeit geleistet. Der Stadtrat danke Danielle Schwab, der GoR und der Stadtverwaltung.

://: 1. Das Kommunikationsnetzreglement wird mit grossem Mehr bei einer Enthaltung in der Fassung der Kommission angenommen.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) äussert, der Antrag von Marie-Theres Beeler komme ihm entgegen. Seine Fraktion habe den Leistungsauftrag ursprünglich nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie sei der Meinung gewesen, dass die aktuelle Leistungsvereinbarung, nach der gearbeitet werde, in mindestens zwei Punkten dem jetzt beschlossenen Reglement widerspreche. Punkt 1 betreffe die Auflösungsbestimmungen. Punkt 2 betreffe die Festsetzung der Anschlussbeiträge und Gebühren. Da die Grüne Fraktion aber diesen Antrag eingereicht habe, werde seine Fraktion dem Leistungsauftrag trotzdem zustimmen.

://: 2. Vom Leistungsauftrag mit LiestalNet AG wird mit grossem Mehr bei einer Enthaltung Kenntnis genommen.

://: 3. Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements wird gemäss dem Antrag des Stadtrats einstimmig angenommen.

**71 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**3. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten (Nr. 2005/49)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht wie folgt:

Gestützt auf § 44 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes hat der Stadtrat dem Einwohnerrat jährlich eine Vorlage mit denjenigen Motionen und Postulaten zu unterbreiten, die seit mehr als zwei Jahren überwiesen sind, aber noch nicht abgeschrieben oder als immer noch nicht erledigt bezeichnet werden können.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Die Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion von OeWA-Zonen (Nr. 02/117) ist vorerst noch nicht abzuschreiben.
2. Die dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Liestal (Nr. 02/118) wird im Rahmen des Finanzplans 2005-2009 (Nr. 2005/034) vom Einwohnerrat diskutiert und über die beantragte Abschreibung derselben entschieden.
3. Die an der Sitzung des Einwohnerrates vom 22.09.2004 abschliessend beratene dringliche Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal (Nr. 04/174) wird formell abgeschrieben.

---

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, Antrag 2 sei bereits erledigt. Es werde deshalb nur über Antrag 1 und Antrag 3 abgestimmt.

- ://: 1. Es wird einstimmig beschlossen, die Motion Nr. 02/117 (Motion von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion betreffend Reduktion von OeWA-Zonen) nicht abzuschreiben.
- ://: 3. Es wird einstimmig beschlossen, die dringliche Motion Nr. 04/174 (Dringliche Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal) abzuschreiben.



**72 E.2.C. Erziehung und Bildung, Schule - Vorschriften, Reglemente**

**4. Bericht des Stadtrates betreffend Bildungsreglement: Teilrevision des Bildungsreglementes vom 23.06.2004 (Nr. 2005/48)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht Folgendes mit:

Mit Beschluss vom 18.01.2005 verweigerte der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft die Genehmigung des vom Einwohnerrat am 23.06.2004 beschlossenen Bildungsreglementes. Er begründet seinen Entscheid mit dem Umstand, dass § 28 Absatz 2 des Bildungsreglementes, wonach der Stadtrat die Anzahl Schulleitungsmitglieder festlegt, kantonales Recht verletze. Nach § 76 Absatz 1 in Verbindung mit § 82 Buchstabe b des Bildungsgesetzes vom 6.06.2002 (SGS 640) sei der Schulrat Anstellungsbehörde der Schulleitung. Die Anstellungskompetenz beinhalte auch die Ermächtigung, die Mitgliederanzahl des Schulleitungsgremiums festzulegen.

Der Regierungsrat weist den Einwohnerrat an, das Bildungsreglement in diesem Punkt mit den Bestimmungen des Bildungsgesetzes in Einklang zu bringen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Vom Beschluss des Regierungsrates vom 18.01.2005 wird Kenntnis genommen.
2. § 28 Absatz 2 des Bildungsreglementes (ESL 642.1) wird aufgehoben.
3. Das Bildungsreglement wird dem Regierungsrat nach dessen Teilrevision zur Genehmigung vorgelegt.

---

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob der Stadtrat sich dazu äussern wolle.

Stadtrat Lukas Ott erwidert, nein, der Stadtrat wolle nichts mehr dazu sagen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) betont, damit das Reglement so schnell wie möglich genehmigt werden könne, sei es richtig, die Anweisung des Regierungsrates zu befolgen. Ihre Fraktion unterstütze die drei Anträge.

://: Vom Beschluss des Regierungsrates vom 18.01.2005 wird einstimmig Kenntnis genommen.

://: Es wird einstimmig beschlossen, § 28 Absatz 2 des Bildungsreglementes (ESL 642.1) aufzuheben.

://: Es wird einstimmig beschlossen, das Bildungsreglement dem Regierungsrat nach dessen Teilrevision zur Genehmigung vorzulegen.

**73 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG**

**5. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Bernhard Fröhlich betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche**

Der Stadtrat informiert in seinem schriftlichen Zwischenbericht zusammengefasst folgendermassen:

Das Postulat fordert den Stadtrat auf, den Einbau einer Küche in der Sporthalle Frenkenbündten zu überprüfen. Dabei sollen insbesondere die technischen Möglichkeiten, die Kosten, der Terminplan sowie die Finanzierung aufgezeigt werden.

Der Stadtrat hat das Anliegen zur Schaffung einer Vereinsküche im Bereich Foyer der Sporthalle Frenkenbündten überprüft. Grundsätzlich kann er sich ein solches Anliegen vorstellen und dieses unterstützen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt den Zwischenbericht zum Postulat Ausbau der Infrastruktur in der Frenkenbündtenhalle zustimmend zur Kenntnis.

---

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, es würde ihn interessieren, wie gross die Nachfrage nach einer solchen Küche tatsächlich sei. Die Meinungen darüber würden anscheinend auseinander gehen, wie von Mitgliedern der IGOL, der Interessengemeinschaft Ortsvereine Liestal, zu erfahren gewesen sei. Die Kosten für die Küche seien nach einer Überarbeitung der Idee im Rahmen von CHF 200'000.- vorgesehen. Die Küche würde wie ein Möbel ins Foyer der Halle eingeschoben. Sie wäre mit allen nötigen Vorrichtungen versehen, inklusive einer Abluftvorrichtung. Bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle gebe es keine. Die Folgekosten würden derzeit mit CHF 15'000.- veranschlagt, sie müssten aber noch detailliert ausgerechnet werden.

Bernhard Fröhlich (FDP) dankt für die Aufnahme seiner Idee und die speditive Bearbeitung des Anliegens. Inhaltlich sei er völlig zufriedengestellt. Es sei zu bedenken, dass die IGOL nicht nur Sportvereine vertrete. Das Anliegen sei aber auf Sportvereine fokussiert. Kaum einer dieser Vereine würde die Küche nicht notwendig finden. Ein Ansatz zur Realisierung wäre, einen Kredit aufzunehmen. Die Finanzierungsfrage stehe im Vordergrund.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion begrüsse, dass ein Kücheneinbau in der Sporthalle Frenkenbündten geprüft werde. Vom Zwischenbericht nehme seine Fraktion zustimmend Kenntnis. Das Vorgehen sei allerdings nicht ganz glücklich gewesen. Beispielsweise Grossvereine wie die Musikgesellschaft seien in Bezug auf ihr Interesse nicht angefragt worden. Der Turnverein Liestal habe Mitte Januar den Turnerabend in Lausen durchgeführt, weil in Liestal die entsprechenden Möglichkeiten fehlen würden. Liestal fehle ein grosse Halle sowie die Möglichkeit der Bewirtung. Seine Fraktion legen nun Anträge vor, die zu prüfen seien. Der Turnverein Liestal habe rund 200 Aktive. Man sollte ihm eine Möglichkeit bieten, den Turnerabend in Liestal durchführen zu können. Die Frenkenbündtenhallen seien nie fertiggebaut worden. Es fehle eine Bühneneinrichtung, um Vorführungen zu machen. Diese Hallen hätten auch eine denkbar schlechte Akustik. Man müsste diese Hallen fertigbauen. Im Jahr des Sports solle man nicht nur Sportgrössen jubeln, sondern auch jungen Leuten Gelegenheit bieten, Sport zu treiben. Wenn sie Gelegenheit dazu bekämen, würden sie auch dabei bleiben.

Hanspeter Stoll (SP) betont, es handle sich bei der Frenkenbündtenanlage um eine Schulanlage. Man müsse dem Umstand Rechnung tragen, dass sich dort vor allem Schulkinder aufhalten würden. Beim Einbau einer Küche müsse man das Thema Abluft berücksichtigen. Die Gerüche müssten wieder hinaus können. Im Finanzplan seien CHF 1,5 Mio. für die Frenkenbündtenanlage enthalten. Er würde gerne Näheres darüber wissen, wie dieser Betrag eingesetzt werde. Man müsse auch mit der Schule Kontakt aufnehmen. Es fehle auch eine Schulküche.

Stadtrat Lukas Ott stellt fest, es seien offenbar Begehrlichkeiten vorhanden. Man habe über den Finanzplan diskutiert. Es sei die Frage gewesen, wo Prioritäten zu setzen seien. Die Frenkenbündtenhallen zu erweitern habe im Investitionsplan keinen Platz. Man müsse die Anlage in erster Linie in Stand stellen. Ausserhalb der Schulzeit solle die Halle natürlich den Vereinen zur Verfügung stehen. Der Investitionsplan der Stadt sei gerammelt voll. Es könne keine neue Halle geben. Es gehe bei den genannten Wünschen auch um Aufgaben für die Region.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, jetzt seien auch die Vereine gefordert. Wenn es heisse, man habe keinen Kontakt mit den Vereinen gehabt, so stimme das nicht. Für den Stadtrat sei der Ansprechpartner die IGOL. Wenn die IGOL keine Umfrage unter den Vereinen mache, ob man diese Küche wolle oder nicht, so sei das nicht das Problem des Stadtrates. Von den Vereinen sei eine gewisse Flexibilität gefragt. Man könne nicht über den Finanzplan schimpfen, und dann stimme eine sorgfältige Finanzplanung auch wieder nicht. Er bitte darum, Begehrlichkeiten zurückzuschrauben. Er erwarte Unterstützung von den Vereinen für diese Küche, sonst mache er nicht mehr mit.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, der Antrag SVP/CVP/EVP-Fraktion laute: „*Es ist die Erhöhung der Küchenkapazität auf ca. 500 Personen zu prüfen. Es ist der Einbau einer geeigneten Bühneneinrichtung zu prüfen. Es ist der Einbau von Akustikvorhängen zu prüfen.*“ Laut Geschäftsreglement des Einwohnerrates könne allerdings nur der Postulant Fröhlich den Vorstoss ändern, und dies nur während der Beratung. Jetzt könne er den Antrag nicht zur Abstimmung bringen.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) präzisiert, dies sei kein Antrag, das Postulat zu ändern, sondern es sei ein Antrag, die genannten Dinge prüfen. Das müsse doch Platz haben. Wahrscheinlich sei nicht allen klar, was ein Turnverein an sozialer Arbeit leiste.

Stadtrat Lukas Ott entgegnet, dies sei jetzt nicht das Thema.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, das Postulat von Bernhard Fröhlich habe einen Zwischenbericht ausgelöst. Anträge gehörten zum Zwischenbericht, nicht zum Postulat.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er stelle einen Ordnungsantrag, über den Zwischenbericht abstimmen. Das Postulat verlange nichts anderes, als etwas zu prüfen. Wenn die SVP/CVP/EVP-Fraktion jetzt diesen Antrag stelle, heisse das, etwas an das Postulat anzuhängen. Man könne dem Postulat nicht eine Mehrzweckhalle unterjubeln.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, über den Ordnungsantrag müsse sofort abgestimmt werden. Wer der Meinung sei, man solle nun über den Zwischenbericht des Stadtrates abstimmen, solle dies mit der Karte zeigen.

://: Es wird mit 27 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen beschlossen, über den Zwischenbericht des Stadtrates abzustimmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) möchte wissen, ob der Antrag seiner Fraktion damit nun vom Tisch sei oder nicht.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erwidert, er empfehle, ein zusätzliches Postulat zu formulieren.

Bernhard Fröhlich (FDP) wirft ein, man befinde sich auf einer heiklen Schiene. Es wäre falsch, wenn man nun denken würde, die Kulturvereine seien gegen die Sportvereine oder so etwas Ähnliches. Das Bedürfnis nach einer solchen Küche sei aus „Sport treibenden Vereinen“ entstanden. Für die einen bringe dies nichts, für andere sei es das Richtige. Entscheiden solle man jetzt darüber, ob man das Thema weiterverfolgen solle oder nicht. Es sei legitim, ein neues Postulat einzureichen, das auch Zwecken anderer diene. Jetzt rede man über diese ganz bestimmte Küche. Eine Vermischung der beiden Angelegenheiten gefalle ihm nicht.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, für den Stadtrat sei der Inhalt des Postulats wichtig gewesen. Dabei gehe es um den Einbau der Küche. Er habe herausfinden wollen, ob diese Idee weiterverfolgt werden solle oder nicht. Er wolle beliebt machen, sich im Sinne des Postulats dafür oder dagegen zu entscheiden.

://: Vom Zwischenbericht des Stadtrates wird mit grossem Mehr bei 2 Stimmenthaltungen Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon